

Grabher G., Ströbinger N., Regionalwirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Aspekte der Fremdenverkehrsentwicklung im Bregenzerwald, Studienarbeit an der Technischen Universität Wien, 1984.

Hänni H., Touristischer Arbeitsmarkt und regionale Entwicklung, in: Tourismus und regionale Entwicklung, Krippendorf J. et al. (Hrsg.), Diessenhofen 1982.

Kammer für Arbeiter und Angestellte Vorarlberg, Pendeln in Vorarlberg, Bregenz 1979.

Keller T., Beschäftigungswirkungen des Tourismus, in: Tourismus und regionale Entwicklung, Krippendorf J. et al. (Hrsg.), Diessenhofen 1982.

Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), Österreichisches Raumordnungskonzept, Wien 1981.

Österreichisches Statistisches Zentralamt (Ö.St.Z.A.): Arbeitsstättenzählung 1973, Wien 1974, sowie 1981, Wien 1983; Volkszählung 1971 und 1981, Wien 1973 und 1983; Beherbergungs- und Gaststättenwesen 1976, Wien 1977; Der Fremdenverkehr in Österreich im Jahre ..., verschiedene Jahrgänge, Wien.

Reith W.J., Die Regionalplanungsgemeinschaft als Instrument freiwilliger interkommunaler Zusammenarbeit, in: Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, Heft 2/1981, S. 3-14.

Schulmeister S., Modellprognosen für den Reiseverkehr, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 1978.

Schulmeister S., Reiseverkehr und Wirtschaftsstruktur, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 1981.

Steinbach J., Feilmayr W., Haug H. und studentische Mitarbeiter, Regionalanalysen im Land Salzburg, Wiener Beiträge zur Regionalwissenschaft, Band 6, Wien 1983.

Studienkreis für Tourismus e.V., Gästebefragung 1981/82 des Landesfremdenverkehrsverbandes Vorarlberg, Starnberg 1983.

Tschurtschenthaler P., Arbeitsqualität im Fremdenverkehr, in: Wirtschaft und Gesellschaft 1/1983, Wien 1983.

Klaus Müller

REGIONALE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG BEI SICH
VERÄNDERNDEN RAHMENBEDINGUNGEN

Spezifische Anpassungshemmnisse und darauf bezogene Handlungsempfehlungen am Fallbeispiel des österreichischen Bundeslandes Vorarlberg

Inhaltsverzeichnis:

Seite:

1. Einleitung und methodisches Vorgehen	188
2. Die Wirtschaftsstruktur und bisherige Wirtschaftsentwicklung Vorarlbergs und Oesterreichs insgesamt	191
3. Die sich verändernden ökonomischen, technischen und politischen Rahmenbedingungen	193
4. Anpassungshemmnisse der Vorarlberger Wirtschaft an die sich verändernden Rahmenbedingungen	197
5. Schwachstellen-bezogene Handlungsempfehlungen für die regionale Wirtschaftspolitik	200
5.1 Klassifizierung der Handlungsempfehlungen	200
5.2 Konjunkturpolitische Instrumente und Massnahmen	202
5.3 Strukturpolitische Instrumente und Massnahmen	204
5.31 Ansiedlungsförderung	204
5.32 Investitionsförderung	206
5.33 Innovationsförderung	207
5.34 Informations- und Beratungsförderung	211
5.35 Absatzförderung	212
5.36 Existenzgründungsförderung	214
5.37 Infrastrukturförderung	216
5.38 Handlungsempfehlungen für die berufliche Qualifizierung	217
6. Zusammenfassung und Fazit	220

1. EINLEITUNG UND METHODISCHES VORGEHEN

(1) Seit den frühen siebziger Jahren befindet sich die Weltwirtschaft in einer ausgeprägten Rezession, die seit 1981 - mit zeitlicher Verzögerung gegenüber anderen westlichen Industrieländern - offensichtlich auch Oesterreich erfasst hat. Diese Rezession trägt zwar auch konjunkturelle Merkmale (wie z.B. die weltweite Flaute im Investitionsgüterbereich). Sie ist aber insbesondere auch und gerade durch tiefgreifende strukturelle Veränderungen geprägt.

Der Strukturwandel manifestiert sich in folgenden Erscheinungen:

- * drastische Verschiebungen der weltweiten Angebots- und Nachfragestrukturen im Gefolge grundlegender Wechselkurs- und Energiepreisänderungen (Stichwort: internationale Arbeitsteilung)
- * zunehmender Einsatz produktivitätssteigernder und damit arbeitsparender sowie qualitätsverbessernder neuer Techniken (Stichwort: technologischer Wandel)
- * in zahlreichen Produktbereichen stagnierende oder sogar schrumpfende Märkte (Stichwort: stagnierende Bevölkerungsentwicklung in den Industrieländern, hoch verschuldete Entwicklungsländer)
- * zusätzlich zunehmende Marktzugangsbeschränkungen auf wichtigen Exportmärkten (Stichwort: wachsender Protektionismus).

Folge dieses Strukturwandels für das produzierende Gewerbe Oesterreich's ist ein wachsender Importdruck aus kostengünstiger produzierenden Ländern auf dem Binnenmarkt, ein verschärfter Konkurrenzkampf bzw. sogar Verdrängungswettbewerb auf den wichtigsten Exportmärkten - und damit zwangsläufig auch die Entstehung von Ueberkapazitäten.

(2) Diese Folgen des Strukturwandels machen unternehmerische Anpassungsprozesse zwingend erforderlich, auch wenn dies - wie derzeit in der österreichischen Grundstoff- und Fahrzeugindustrie - mit Anpassungskrisen verbunden ist. Denn jede (etwa staatlich geförderte) "Strukturerhaltung" kann die notwendige Anpassung höchstens verzögern, nicht aber verhindern, wie die genannten Industriebereiche derzeit drastisch vor Augen führen.

Strukturanpassung kann und darf aber nicht heissen, dass lediglich rein reaktiv die Produktionskapazitäten laufend der rückläufigen Nachfrage angepasst und also einfach Arbeitsplätze abgebaut werden. Aktive Strukturanpassung bedeutet vielmehr - zumindest gleichzeitig - auch: Aufbau neuer, technologieintensiver Produktlinien; laufender Einsatz neuer, qualitätsverbessernder Fertigungstechniken; laufende Erschliessung neuer Märkte; kurz: laufende Innovation und Diversifikation.

(3) Vor dem skizzierten Hintergrund lautete die Zielsetzung einer von mir in den Jahren 1983/84 im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung erarbeiteten Studie, abzuklären

- * wieweit dieser Strukturwandel derzeit innerhalb der Vorarlberger Wirtschaft seinen Niederschlag findet
- * welche spezifischen Stärken und vor allem Schwächen die Vorarlberger Wirtschaft bezüglich der erforderlichen Strukturanpassung aufweist
- * welche voraussichtlichen Folgen sich - unter "Status-quo-Bedingungen" - aus den ermittelten Stärken und Schwächen der unternehmerischen Strukturanpassungsfähigkeit in Vorarlberg für die längerfristigen Entwicklungsperspektiven des regionalen Arbeitsmarktes ergeben
- * welche Handlungsempfehlungen zur Bewältigung der (zu erwartenden) regionalen Strukturprobleme sich daraus - unter "Zielbedingungen" - für die regionale Wirtschaftspolitik ableiten lassen.

Die Untersuchung setzte sich aus folgenden Arbeitsschritten zusammen:

- Im 1. Schritt wurde die jüngere Wirtschaftsstruktur- und Arbeitsmarktentwicklung von Vorarlberg mittels sekundärstatistischer Analyse ermittelt und in Beziehung zur gesamtösterreichischen Entwicklung gesetzt. Dabei war die Frage untersuchungsleitend, ob überhaupt, seit wann und in welchem Ausmass in der jüngeren nationalen und regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung die veränderten Rahmenbedingungen ihren Niederschlag finden.
- Im 2. Schritt wurden die aktuellen und voraussichtlichen Veränderungen wichtiger ökonomischer, technischer und politischer Rahmenbedingungen in ihren vermuteten Konsequenzen für die nationale und die regionale Wirtschaft analysiert. Dabei war die Frage untersuchungsleitend, welche veränderten Rahmenbedingungen welche sich daraus ergebenden Anpassungsbedarfe für die in Vorarlberg produzierenden Betriebe bewirken und welche hypothetischen Einflussfaktoren auf die unternehmerische Anpassungsfähigkeit einwirken. Dabei wurde zwischen unternehmensspezifischen und regions- bzw. standortspezifischen Einflussfaktoren unterschieden.

- Im 3. Schritt wurde versucht, die spezifischen Stärken und Schwächen der Vorarlberger Wirtschaft bzgl. der erforderlichen Struktur- anpassungs- bzw. Innovationsfähigkeit mittels einer entsprechend breit angelegten Unternehmensbefragung empirisch zu ermitteln. Dabei war die Frage untersuchungsleitend, wie weit die zuvor identifizierten Veränderungen der makroökonomischen Rahmenbedingungen auf der (betrieblichen) Mikroebene ihre Entsprechung finden und welche Potentiale bzw. spezifischen Hemmnisse der notwendigen Anpassung sich für die befragten Betriebe identifizieren lassen.
- Im 4. Schritt wurde versucht, verschiedene Varianten denkbarer Entwicklungsperspektiven des Vorarlberger Arbeitsmarktes im Rahmen einer gesamtösterreichischen Arbeitsmarktprognose bis 1996 zu entwickeln. Dabei war die Frage untersuchungsleitend, welche Konsequenzen sich aus verschiedenen (mehr oder weniger optimistischen) Annahmen über die künftigen Veränderungen übergeordneter Rahmenbedingungen für die regionale Arbeitsmarktentwicklung von Vorarlberg ergeben können. Damit sollte die mögliche Bandbreite künftiger Arbeitsmarktbilanzen - in Abhängigkeit von spezifisch zu benennenden Rahmenbedingungen - ermittelt werden.
- Im 5. Schritt galt es, den sich aus den Befunden des 3. und 4. Arbeitsschrittes ergebenden Handlungsbedarf regionaler Wirtschaftspolitik in Vorarlberg zu benennen, dabei zunächst aber einmal mögliche Konsequenzen für die unternehmerische Ebene aufzuzeigen. Dabei war die Frage untersuchungsleitend, wie weit die identifizierten Schwächen der Vorarlberger Wirtschaft durch Massnahmen unternehmerischer Selbsthilfe (wie einzelbetriebliche Innovation und Diversifikation, zwischenbetriebliche Kooperation sowie die Praktizierung neuer Arbeitsformen) bewältigt werden können und wie weit die Bewältigung der identifizierten Schwächen darüberhinaus auch spezifischer staatlicher Massnahmen bedarf.

(4) Ich werden im folgenden die wichtigsten Aussagen dieser wirtschaftspolitisch orientierten Regionalstudie zusammengefasst wiedergeben. Dabei lege ich den Schwerpunkt auf meine Handlungsempfehlungen für die regionale Wirtschaftspolitik in Vorarlberg. Die analytischen Ergebnisse dieser Studie werde ich demgegenüber nur insoweit ansprechen, als sie Aufhänger für praktisches Handeln sind.

2. DIE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR UND BISHERIGE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG VORARLBERGS UND OESTERREICHS INSGESAMT

(1) Die Wirtschaftsstruktur Oesterreichs zeichnet sich, im Vergleich zu anderen fortgeschrittenen Industriestaaten durch einen noch relativ grossen Primärsektor (1980: 10,5 % aller Erwerbstätigen), einen grösseren Sekundärsektor (1980: 40,3 % aller Erwerbstätigen) und einen kleineren Tertiärsektor (1980: 49,2 % aller Erwerbstätigen) aus.

Im Vergleich dazu weist Vorarlberg einen deutlich kleineren Primärsektor, einen nochmals deutlich grösseren Sekundärsektor und einen kleineren Tertiärsektor auf. Vorarlberg ist das Bundesland mit der höchsten Industriedichte in Oesterreich (1981: Vorarlberg mit 306, Oesterreich insgesamt mit 218 Industriebeschäftigten je 1'000 unselbständig Erwerbstätigen). Die industrielle Branchenstruktur von Vorarlberg wird massgeblich von der Textilindustrie geprägt (1981: 53 % aller Industriebeschäftigten der Region), gefolgt von der Maschinen-, Metall- und elektrotechnischen Industrie (1981: 27 % aller Industriebeschäftigten). Die Betriebsgrössenstruktur ist sehr stark kleinbetrieblich geprägt, die Unternehmensstruktur mittelständisch.

Innerhalb der Vorarlberger Wirtschaft sind die exponierten, dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Wirtschaftsbereiche ausserordentlich stark vertreten, was auch in entsprechend hohen Exportquoten zum Ausdruck kommt.

(2) Die Wirtschaftsentwicklung Oesterreichs insgesamt verlief in den letzten Dekaden, gemessen an wichtigen Rahmendaten, noch ausserordentlich günstig. Die stabilen und niedrigen Arbeitslosenquoten schienen wie in kaum einem anderen zentraleuropäischen Land (mit Ausnahme der Schweiz) ein erfolgreiches Halten des Vollbeschäftigungszieles zu signalisieren - und dies bei einer stark steigenden Beschäftigung. Die wirtschaftliche Entwicklung Vorarlbergs ist in dieser Zeit, verglichen mit derjenigen Oesterreichs insgesamt, aber eher noch überdurchschnittlich günstig verlaufen.

Mit dem Beginn der achtziger Jahre hat aber die weltweite Wirtschaftskrise offensichtlich auch Oesterreich erreicht. So ist die Arbeitslosenquote von 1,9 % (im Jahresdurchschnitt) 1980 auf 5,0 % (im voraussichtlichen Jahresdurchschnitt) 1984 gestiegen. Waren die ersten langfristigen Wachstumserwartungen von 3 % und mehr noch relativ optimistisch, so lässt die Stagnation seit dem Beginn des Jahrzehnts bis 1985 kaum mehr als durchschnittlich 2,0 % pro Jahr erwarten. Diese Wachstumsrate würde bis 1985 einem kumulierten Beschäftigungsverlust von etwa 1 % entsprechen. Aber auch die andere Seite der Schere öffnet sich: bis weit in die zweite Hälfte der achtziger Jahre wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter - und damit die Nachfrage nach Arbeitsplätzen - noch zunehmen. Ein weiterer und zunehmender Anstieg der Arbeitslosigkeit in Oesterreich scheint von daher vorprogrammiert zu sein.

Gleich wie in Oesterreich insgesamt fand mit dem Beginn der achtziger Jahre die weltweite Wirtschaftskrise auch in Vorarlberg ihren Niederschlag. Dies kommt in Beschäftigungsverlusten, in stagnierenden Produktionsziffern und in einem deutlichen Nachlassen der Investitionstätigkeit einerseits sowie der in- und ausländischen Nachfrage andererseits deutlich zum Ausdruck. Daraus resultiert gegenwärtig bereits ein deutlich sichtbarer Druck auf den regionalen Arbeitsmarkt. So ist die Arbeitslosenquote zwischen dem Juni 1980 und dem Mai 1983 von 0,3 % auf 3,2 % angestiegen und lag im Jahresdurchschnitt 1983 bei 3,0 %.

(3) Im folgenden stellen wir uns die Frage, wieweit welche veränderten makroökonomischen, technischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die heutigen Krisensymptome hypothetisch verantwortlich gemacht werden können bzw. sich voraussichtlich auf die künftige Wirtschaftsentwicklung auswirken werden.

3. DIE SICH VERAENDERNDEN OEKONOMISCHEN, TECHNISCHEN UND POLITISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN

(1) Einleitend habe ich bereits die Grundzüge des aktuellen weltwirtschaftlichen Strukturwandels skizziert. Die veränderten Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung bestehen neben anderem insbesondere in

- Umstrukturierungen im privaten Verbrauch aufgrund von bisher erreichten Versorgungsniveaus, langfristig stagnierenden oder sogar sinkenden Einwohnerzahlen und Veränderungen im Konsumverhalten;
- einer wachsenden internationalen Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaftlichen mit entsprechendem Wachstum der international getauschten Güter bei einer verstärkten Integration der Anschluss- und Entwicklungsländer in den weltweiten Arbeitsteilungsprozess;
- einer gleichfalls wachsenden Bedeutung neuer Technologien, die sowohl neue Produkte ermöglichen wie auch bestehende Produktionsprozesse wesentlich effizienter, kostengünstiger und/oder umwelt- und ressourcenschonender machen;
- einem anhaltend hohen Konkurrenzdruck sowohl auf den Inlands- wie auch den Exportmärkten aufgrund der Produktionskostendifferenzen und neuen technologischen Entwicklungen, die den Zwang erhöhen, die Rationalisierung fortzusetzen, die Produktionsanlagen umzustellen und zu modernisieren und das Produkt-Angebot auf zukunftssträchtige neue Bedarfswelder auszurichten.

Diese Veränderungen der ökonomischen Rahmenbedingungen bewirken, dass nicht mehr die Angebotsfaktoren - Arbeitskräfte, Realkapitaleinsatz, technischer Fortschritt - die limitierenden Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung sind, sondern für mindestens die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre die Gesamtnachfrage und deren Struktur. Die Binnennachfrage wird - u.a. bedingt durch Bevölkerungsstagnation, sinkende Einkommenszuwächse - kaum noch wachsen. Steigend ist dagegen die Weltnachfrage; die internationalen Märkte werden aber mit zunehmender Härte umkämpft werden. Der Wettbewerb spielt sich über die Qualität und stärker noch über die Preise ab. Dies bedeutet für die Anbieter einen starken Zwang zur Innovation neuer, qualitativ hochwertiger Produkte und zur Verbesserung bestehender Produkte sowie zu kostengünstigerer Produktion.

(2) Vor diesem Hintergrund ist die wachsende Bedeutung neuer Technologien für die in Oesterreich produzierenden Unternehmen zu sehen.

Diejenigen technischen Entwicklungen, die in diesem Sinne massgeblich auf die aktuelle und voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in Oesterreich einwirken, vollziehen sich speziell in den Bereichen Organisations- und Kommunikationstechniken, Automationstechniken, Bearbeitungs- und Verfahrenstechniken, Material und Vorleistungen.

- Im zunehmend wichtiger werdenden Bereich der Organisations- und Kommunikationstechniken handelt es sich insbesondere um neue Entwicklungen der Informationstechnik, der Nachrichten- und Verkehrstechniken sowie der Bürotechniken.
- Automationstechniken ermöglichen die Bedienung, Steuerung und Ueberwachung des Produktionsprozesses mittels künstlicher Intelligenz und Automaten. Bei den neuen Entwicklungen in diesem Bereich handelt es sich um verbesserte Produktionssysteme, Roboter und Vielzweckautomaten, neue Test- und Qualitätskontrollverfahren, automatisierte betriebliche Transport- und Lagertechniken sowie die Integration von Produktion, Produktionsumfeld und produktionsbegleitender Verwaltung.
- Bei den neuen Entwicklungen im Bereich der Bearbeitungs- und Verfahrenstechniken handelt es sich insbesondere um neue Umweltschutztechniken, neue Verfahren der Energiegewinnung, -nutzung oder -einsparung, neue Rohstoffgewinnungstechnologien, neue Recyclingtechniken und sonstige neue Be- und Verarbeitungstechniken.
- Im Material- und Verarbeitungsbereich handelt es sich insbesondere um technische Entwicklungen der Werkstückintegration bei mechanischen und elektronischen Produkten sowie der Materialsubstitution (Werkstofftechnologie).

Die Veränderungen der technischen Rahmenbedingungen werden eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität zur Folge haben, welche die nur noch schwach zunehmende gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung übertreffen wird. Ein weiterer Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze in den nächsten zehn Jahren wird die unausweichliche Folge sein.

Arbeitsmarktpolitische Konsequenzen ergeben sich damit zwar besonders aus der Entwicklung des Produzierenden Gewerbes. Im Gegensatz zu der langen Periode stetigen Wachstums bis in die 70er Jahre wird aber auch der Dienstleistungssektor nicht mehr das fast "unerschöpfliche Aufnahmebecken" von freigesetzten Arbeitskräften sein. Einem geringeren Wachstum der Nachfrage nach Dienstleistungen stehen erhebliche, früher teilweise unterschätzte Rationalisierungsreserven (z.B. neue Organisations- und Kommunikationstechniken, elektronische Textverarbeitung usw.) gegenüber, die - wenn überhaupt - nur noch eine geringe Zunahme der Beschäftigten im Tertiärbereich als wahrscheinlich erscheinen lassen.

(3) Zu den skizzierten Veränderungen und Entwicklungstendenzen massgebender technisch-ökonomischer Rahmenbedingungen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung Vorarlbergs treten aber auch aktuelle Veränderungen in den politischen Rahmenbedingungen, d.h. neue Entwicklungstendenzen im Bereich der (übergeordneten) Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

- Oesterreich's Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitiker sehen sich derzeit einer schwierigen Situation gegenüber. Trotz der grossen Anstrengungen der letzten Jahre, über eine expansive Fiskalpolitik ("Austro-Keynesianismus") und eine gezielte Angebotsreduktion (Arbeitszeit, Rentenalter, Ausländer) einer zunehmenden Unterbeschäftigung vorzubeugen, hatte der oben angesprochene starke Anstieg der Arbeitslosenquote zwischen 1980 und 1984 nicht verhindert werden können. Gleichzeitig wird - und dies bei stark ansteigendem Haushaltsdefizit - ein zunehmender Anteil der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Ressourcen durch die Strukturprobleme bzw. Sanierungsbemühungen der Grundstoffindustrie und des verstaatlichten Bereiches gebunden.
- Seit dem Uebergang der Verantwortung für die Staatsfinanzen von Androsch auf Salcher im Jahre 1981 scheint sich die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Bundes je länger je mehr auf die Beeinflussung der Angebotsseite des Arbeitsmarktes zu beschränken. Die Gründe dafür sind sowohl im Ziel der Budget-Konsolidierung zu sehen, als auch im Manifestwerden von Misserfolgen mit der antizyklischen Wirtschaftspolitik ("Strukturerhaltung" als Verzögerung notwendiger Strukturanpassung).

In absehbarer Zukunft wird der Schwerpunkt der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Massnahmen des Bundes daher voraussichtlich in dem Versuch liegen, der (zunehmend) angespannten Lage auf den Arbeitsmarkt durch Arbeitszeitverkürzung und durch Bildungsmaßnahmen zu begegnen. Die Regionalpolitik des Bundes wird dagegen aller Voraussicht nach an Bedeutung verlieren.

- Der regionalpolitische Einsatz von Fördermitteln des Bundes konzentrierte sich bisher stark auf den industriell-gewerblichen Ausbau und insbesondere auf die Neuansiedlung oder Verlagerung von Industriebetrieben. Dabei hat der Bund jedoch keine eigenständige Ansiedlungspolitik betrieben. Er ist vielmehr nur über die einzelnen Bundesländer aktiv geworden, indem er deren jeweils getätigte Investitionszuschüsse finanziell aufbesserte. Mangels einer gezielten Ansiedlungspolitik des Landes Vorarlberg konnte diese Regionalpolitik des Bundes daher hier bisher auch keinen Niederschlag finden. Aber auch bei einer künftig möglicherweise aktiveren Rolle des Landes im Bereich der Ansiedlungsförderung sind von Seiten der Regionalpolitik des Bundes keine durchgreifenden Entlastungseffekte zu erwarten. Dagegen spricht nämlich - neben dem generell derzeit stark rückläufigen Potential an mobilen Betrieben als den Adressaten einschlägiger Fördermassnahmen - einmal das zunehmende Haushaltsdefizit des Bundes. Dagegen spricht zum anderen und insbesondere aber auch die Tatsache, dass entsprechende Mittel des Bundes weitgehend durch die Schliessungsgefahr bzw. den Sanierungsbedarf grosser Industriebetriebe im verstaatlichten und/oder im Grundstoffbereich - wegen der räumlichen Konzentration dieser Industrien und der Unmittelbarkeit der Auswirkungen ihrer Stilllegung - gebunden werden.

(4) Zusammengefasst bedeuten die oben getroffenen (vorausschauenden) Aussagen über die ökonomischen, technischen und politischen Rahmenbedingungen und deren Veränderungen in letzterer Konsequenz: Gleich wie die Wirtschaft anderer Regionen steht die Vorarlberger Wirtschaft heute bereits und wird künftig noch verstärkt unter einem starken Anpassungsdruck bzw. einem Zwang zur laufenden Innovation stehen. Dieser Innovationszwang wird - im Zuge der notwendigen Ausschöpfung aller technisch realisierbaren Rationalisierungsmöglichkeiten und aller jeweils vorhandenen Produktivitätsreserven seitens der Vorarlberger Wirtschaft - einen zunehmenden Druck auf den regionalen Arbeitsmarkt bewirken. Von Seiten der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik des Bundes sind in absehbarer Zukunft aber nur geringfügige Entlastungseffekte für den regionalen Arbeitsmarkt in Vorarlberg zu erwarten.

4. ANPASSUNGHEMMNISSE DER VORLARBERGER WIRTSCHAFT AN SICH VERÄNDERNDEN RAHMENBEDINGUNGEN

Vor dem Hintergrund dieser zuvor skizzierten Veränderungen massgebender ökonomischer und technischer Rahmenbedingungen bestand eine zentrale Zielsetzung der Untersuchung darin, systematisch abzuklären, welche spezifischen Stärken und Schwächen die Vorarlberger Wirtschaft im Prozess der notwendigen Strukturanpassung derzeit aufweist. Anders ausgedrückt ging es darum, die Innovationsfähigkeit der Vorarlberger Wirtschaft und ihre (spezifischen) Innovationshemmnisse und -engpässe zu ermitteln. Dazu wurde eine entsprechend breit angelegte mündliche (mehrstündige) Befragung von systematisch ausgewählten Betrieben durchgeführt. Dabei ergaben sich - neben einer Anzahl Stärken - folgende Schwachstellen der Vorarlberger Wirtschaft im Prozess der (notwendigen) Strukturanpassung.

Innovationsprobleme

Innerhalb der regionalen Produktpalette besteht ein Mangel an "jungen" bzw. technologieintensiven Produkten. Neue Produkte werden nur wenige innerhalb Vorarlbergs entwickelt. In den letzten Jahren wurde auch nur begrenzt zur Fertigung neuer Produkte übergegangen (z.B. von Lizenznehmern) und noch seltener erfolgreich diversifiziert - dies, obwohl die regionale Wirtschaft mit ihrer heutigen Produktpalette Stärken (nur) auf schrumpfenden bzw. stagnierenden Märkten zeigt und sich selbst in Bereichen mit hohem Preisdruck als nur noch beschränkt wettbewerbsfähig bezeichnet. Andererseits werden für die absehbare Zukunft aber auch nur sehr beschränkte Möglichkeiten für grundlegende Produktinnovationen (die über "blosse" Verbesserungen bzw. Modifikationen hinausgehen) gesehen. Wichtigste Voraussetzungen ihrer Nutzung sind ausreichende Investitionsmittel und gesicherte Absatzchancen.

Diese Probleme sind zu einem Teil zwar auch in objektiven Engpässen sowie in spezifischen Rahmenbedingungen begründet, von denen einzelne staatlichem (wirtschaftspolitischem) Handeln zugänglich sind. Diese Probleme sind zum anderen und zu einem wahrscheinlich gewichtigeren Teil aber auch und gerade in spezifischen (unternehmerischen) Verhaltensweisen begründet. Diese lassen sich wie folgt skizzieren: Mangel an strategischem Denken, vorherrschend reaktives bzw. defensives Verhalten ("kurzer Atem") und - damit zusammenhängend - mangelnde Risikobereitschaft.

Investitionsprobleme

Vor allem junge Kleinbetriebe haben Probleme mit der Finanzierung der notwendigen Investitionen. Diese Probleme sind in mangelnden Eigenmitteln einerseits und fehlenden Sicherheiten als Hemmnis bei der Aufnahme von Fremdmitteln andererseits begründet. Ein Mangel an Reserven besteht aber auch bei zahlreichen älteren und/oder grösseren Betrieben.

Marketingprobleme

Es mangelt an umfassenden Marketingkonzepten und an Plänen bzw. konkreten Vorstellungen über neue Märkte und Kunden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass bei zahlreichen konzernabhängigen Betrieben über Absatzplanung und Vertrieb zumeist ausserhalb Vorarlbergs entschieden wird. Bei eigenständigen Betrieben bestehen demgegenüber häufiger Defizite im Verkaufs- und Servicesystem sowie spezifische Hemmnisse der Erschliessung neuer Märkte (z.B. infolge einer ungenügenden Bekanntheit der Marke). Von Nachteil ist in diesem Zusammenhang - angesichts zunehmender Marktzugangsbeschränkungen auf vielen Exportmärkten - auch das unzureichende Auslandsengagement (in Form von Direktinvestitionen vor Ort).

Informationsprobleme

In vergleichsweise grossem Ausmass wird das Vorhandensein von Informationsengpässen eingestanden. Deren Abbau sollte - unternehmerischer Einschätzung nach - vorteilhafterweise eher mit Hilfe einer externen Informations- und Dokumentationsstelle als durch den Ausbau der einschlägigen betriebsinternen Personalkapazitäten erfolgen. Auf der anderen Seite wird Unternehmensberatung aber nur in vergleichsweise geringem Ausmass genutzt.

Kooperationsprobleme

Auf der einen Seite bewerten sich relativ viele Unternehmen als (für eine optimale Wahrnehmung der unternehmerischen Aufgaben) eher zu klein. Entsprechend gross ist auch die Zahl derer, die für sich grundsätzlich einen Bedarf an Kooperation oder sogar Verflechtung mit anderen Unternehmen konstatieren. Auf der anderen Seite wird Kooperation tatsächlich aber nur von einer Minderheit praktiziert (was grundsätzlich sowohl mit mangelnder Kooperationsbereitschaft, als auch mit dem Mangel (der Kenntnis) an potentiellen Partner erklärt werden kann).

Mitarbeiterprobleme

Auffällig ist ein niedriger Beschäftigtenanteil qualifizierter Mitarbeiter. Dieser hängt einerseits mit einer starken regionalen Dominanz der produktiven gegenüber den dispositiven und gestaltenden Unternehmensfunktionen zusammen. Er lässt sich andererseits und darüberhinaus zwar etwa auch mit ausgeprägten (regionalen) Rekrutierungsproblemen bei gehobenen Qualifikationen erklären. Dazu treten aber offensichtlich nicht zuletzt auch Hintergründe, die in spezifischen, scheinbar in Vorarlberg verbreiteten unternehmerischen Verhaltensweisen zu suchen sind. So scheinen sich viele Unternehmen schwer dabei zu tun, (formal) höher qualifizierte Mitarbeiter einzustellen, diese hinrei-

chend zu entlohnen und ihnen schliesslich auch noch (Mit-)Verantwortung und entsprechende Entscheidungsspielräume einzuräumen. Damit hängt zusammen, dass im mittleren Kader eine gewisse Enttäuschung oder sogar Resignation über die eigenen Einflussmöglichkeiten (z.B. bei der Forcierung von als dringend notwendig eingeschätzten Innovationen oder Kooperationsabkommen) verbreitet zu sein scheint.

5. SCHWACHSTELLEN-BEZOGENE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FUER DIE REGIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK

5.1 Klassifizierung der Handlungsempfehlungen

(1) Die Stellung der Bundesländer im Bereich der Wirtschaftspolitik ist - bedingt durch den föderalistischen Rahmen und die entsprechende institutionelle Kompetenzverteilung in Oesterreich - primär nach dem Gesichtspunkt der Subsidiarität zu beurteilen.

- Danach ist der Bund dazu berufen, all jene wirtschaftspolitischen Massnahmen zu ergreifen, die auf gesamtstaatlicher Ebene wirkungsvoller und mit geringerem Mitteleinsatz durchführbar sind, als dies bei Eigenkompetenz der Länder möglich wäre.
- Demgegenüber betreffen die von den Ländern zu bewältigenden Aufgabenbereiche jene wirtschaftspolitischen Aktivitäten, die wegen der besonderen Strukturverhältnisse, der regionalen Differenzierung oder der Individualität der Region zielführend auf Landesebene betreut werden sollten.

(2) Die derzeit bereits oder aber möglicherweise künftig in den einzelnen Bundesländern in diesem Rahmen praktizierten Instrumente, Strategien und Massnahmen regionaler Wirtschaftspolitik lassen sich dabei grundsätzlich wie folgt klassifizieren: konjunkturpolitische vs. strukturpolitische Instrumente; mobilitätsorientierte vs. bestandsorientierte Strategien; einzelbetrieblich vs. regional ansetzende Massnahmen.

- Bei den konjunkturpolitischen Instrumenten handelt es sich im wesentlichen einerseits um nachfrageorientierte Förderungsaktionen, die im Zuge öffentliche Aufträge getätigt werden können, sowie andererseits um Erhaltungssubventionen im Zusammenhang mit Betriebsanierungen. Bei den strukturpolitischen Instrumenten handelt es sich dagegen im wesentlichen um angebotsorientierte Förderungsaktionen, die entweder in der Form von Anreizen zur regionalen Ansiedlung neuer Betriebe und/oder in der Form einer staatlichen Unterstützung der Anpassungs- bzw. Innovationsfähigkeit in den regional ansässigen Betrieben getätigt werden können. Während der Einsatz der konjunkturpolitischen Instrumente per definitionem eher kurzfristig orientiert ist, erfolgt der Einsatz des strukturpolitischen Instrumentariums demgegenüber eher mit einem längerfristigen Zeithorizont.
 - Im Rahmen einer mobilitätsorientierten Strategie regionaler Wirtschaftsförderung liegt der Schwerpunkt der Instrumente und Massnahmen per definitionem auf spezifischen Anreizen zur Ansiedlung neuer Betriebe (in Form der Bereitstellung von Gewerbeflächen, des Angebotes an Investitionszuschüssen, Steuererleichterungen etc.). Im Rahmen einer bestandsorientierten Strategie der regionalen Wirtschaftsförderung liegt der Schwerpunkt der praktizierten Instrumente und Massnahmen dagegen per definitionem auf der 'Bestandspflege' der regional ansässigen Betriebe in ihrer vielfältigen Form (also etwa in der Form einzelbetrieblicher Innovationshilfen von der rein finanziellen Förderung bis hin zur umfassenden Innovationsberatung).
 - Im Rahmen der bestandsorientierten Strategie regionaler Wirtschaftsförderung lassen sich einerseits solche Massnahmen praktizieren, die grundsätzlich gezielt nur einzelnen Betrieben direkt zukommen. Bei derartigen Instrumenten kann es sich beispielsweise um die Vergabe staatlicher Investitionszuschüsse handeln, wobei die Vergabe an bestimmte Voraussetzungen und Auflagen gebunden ist. Auf der anderen Seite lassen sich im Rahmen der bestandsorientierten Strategie aber auch solche Massnahmen praktizieren, die nach ihrer Durchführung grundsätzlich allen Betrieben - oder zumindest einer Vielzahl von Betrieben - einer Region in Form günstiger Rahmenbedingungen zugute kommen. Dabei handelt es sich beispielsweise um Massnahmen der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur einer Region im allgemeinen oder der regionalen Fortbildungseinrichtungen im speziellen.
- (3) Innerhalb dieses klassifikatorischen Rahmens werde ich im folgenden die von mir gegenüber der Vorarlberger Landesregierung ausgesprochenen wirtschaftspolitischen Handlungsempfehlungen in der gebotenen Kürze zu skizzieren versuchen.

5.2 Konjunkturpolitische Instrumente und Massnahmen

Die Konjunkturpolitik als solche liegt zwar im Zuständigkeitsbereich der Wirtschaftspolitik des Bundes. Jedoch können die einzelnen Bundesländer einschlägige Bundesmassnahmen, soweit sie (auch) eine regionale Dimension aufweisen, für ihr jeweiliges Territorium verstärken. Derartige Handlungsmöglichkeiten der Bundesländer beschränken sich jedoch im wesentlichen auf nachfrageorientierte Massnahmen sowie auf Erhaltungssubventionen im Zusammenhang mit Betriebsanierungen.

Arbeitsmarktförderungsmassnahmen

Das Arbeitsmarktförderungsgesetz sieht Finanzhilfen an Betriebe zur Ueberbrückung kurz- oder mittelfristiger Beschäftigungsprobleme vor, wobei in der Regel die Länder zum "Mitleisten" aufgefordert sind. Die Höhe der angemessenen Beteiligung am Zuschuss ist aber von Land zu Land unterschiedlich.

Frühwarnsystem des regionalen Arbeitsmarktes

Da konjunkturpolitische Massnahmen dieser Art oft sehr kurzfristig entschieden werden, besteht eine massgebliche Voraussetzung für rechtzeitiges und gleichzeitig gezieltes Handeln darin, dass eine laufende und möglichst genaue Beobachtung der regionalen Wirtschaftsentwicklung, vor allem aber des regionalen Arbeitsmarktes vorgenommen wird. Dazu sollte - unter Beteiligung von Land, Landesarbeitsamt und Sozialpartnern - ein möglichst umfassendes Frühwarnsystem auf Landesebene geschaffen werden.

Aussensanierung von Problembetrieben

Durch die Beteiligung von Landesregierung, Handelskammer und Arbeiterkammer an der Erarbeitung von Sanierungskonzepten durch das zuständige

Bundesministerium für Soziale Verwaltung soll die Berücksichtigung spezifischer regionaler Belange und Problemstrukturen erreicht werden. Dazu sollte in Vorarlberg - ähnlich der im Bundesland Salzburg geübten Praxis - ein breit zusammengesetzter (abgestützter) Krisenstab institutionalisiert werden.

Innensanierung von Problembetrieben

Ein eigener aktiver Beitrag des Landes zur Innensanierung von Problembetrieben kann darin bestehen, dass erfolgversprechende Umstrukturierungen 'notleidender' Betriebe allgemein und speziell betriebliche Massnahmen zur Verbesserung der Finanzstruktur solcher Betriebe durch Zuschüsse oder langfristige zinslose bzw. zinsverbilligte Darlehen unterstützt werden.

Förderung der Vermittelbarkeit von freigesetzten Arbeitskräften

In den Fällen, wo eine Betriebsanierung nicht mehr möglich erscheint, sollte das Land einen aktiven Beitrag zur Vermittlungsförderung der arbeitslos Gewordenen leisten, sei es durch Massnahmen der Arbeitsplatzbeschaffung in Form einer Ansiedlungs- bzw. Einstellungsförderung (betriebsbezogen), sei es durch Massnahmen der Fortbildungs- bzw. Mobilitätsförderung (arbeiterbezogen).

Nachfragestärkende Massnahmen

Nachfragestärkende Massnahmen der öffentlichen Hand (Land und Gemeinde), die vor allem in der Form von gezielten Aufträgen an die Bauwirtschaft getätigt werden (können), setzen voraus, dass entsprechende Möglichkeiten antizyklischer Investitionspolitik in den öffentlichen Haushalten vorgesehen sind.

Unterbringung spezifischer Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Spezifische Problemgruppen des Arbeitsmarktes sind derzeit insbesondere beschäftigungslose Jugendliche, ältere Erwerbstätige, Ungelernte und Lanzeit-Arbeitslose. Bezüglich der Jugendlichen kann das Land heute bereits tätig werden, indem es die - unzureichenden - Bundesmittel, die eine Prämie für zusätzlich eingestellte Lehrlinge über Antrag vorsehen, zusätzlich aufstockt (wie dies derzeit bereits in den Bundesländern Salzburg und Tirol geschieht). Eine entsprechende Arbeitsplatz-Subventionierung ist, in Kombination mit weiterbildenden Massnahmen, aber auch für die anderen Problemgruppen ins Auge zu fassen.

5.3 Strukturpolitische Instrumente und Massnahmen

Strukturpolitische Aktivitäten dienen im regionalen Kontext allgemein dem Ziel, die konjunkturelle und strukturelle Anfälligkeit der regionalen Wirtschaft zu verringern und eine ausreichende Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung zu gewährleisten.

5.31 Ansiedlungsförderung

Ziel einer Betriebsansiedlungspolitik im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung ist es, eine möglichst grosse Zahl ausserregionaler Unternehmen zur Standortverlagerung oder aber zur Gründung von Zweigwerken in die bzw. in der Region zu veranlassen. Neben den positiven Beschäftigungseffekten als solchen liegt ein weiteres Interesse dieser Politik in der Ansiedlung speziell von solchen Betrieben, die für die Region neue Technologien und ein hohes Ausmass an speziellem Know-how aufweisen.

Zwar sind die Erfolgsaussichten regionaler Ansiedlungsförderung unter den heutigen und voraussichtlichen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (niedrige Kapitalmobilität, Ueberwiegen von Rationalisierungs- gegenüber Erweiterungsinvestitionen etc.) als eher niedrig einzuschätzen. Dennoch scheint mir das Bundesland Vorarlberg - angesichts seiner heutigen, einseitigen Branchen- und Produktstruktur ("Textilregion", "alte" Produkte für "alte" Märkte) - nicht darum herumzukommen, mittels regionaler Ansiedlungsförderung zumindest den Versuch zu unternehmen, seine Branchenstruktur stärker zu diversifizieren.

Eine regionale Ansiedlungsförderung des Landes Vorarlberg sollte dabei vorteilhafterweise folgende Elemente umfassen:

Gründung einer Betriebsansiedlungsgesellschaft

Analog den in anderen Bundesländern bereits bestehenden Betriebsansiedlungsgesellschaften reicht die Aufgabe dieser Gesellschaft von der gezielten Standortwerbung ausserhalb der Region (mittels Inseraten, Messebeteiligung, Unternehmenskontakten usw.) über die umfassende Standortinformation und -dokumentation bis zum Schnüren ganzer regionaler Förderungspakete (Gewerbeflächen, Vermittlung von Krediten, Qualifizierungsmassnahmen etc.).

Finanzielle Ansiedlungsförderung

Schaffung der Möglichkeit, Betriebsansiedlungen aus Landesmitteln finanziell zu unterstützen (durch die Verringerung von Grundstücks- bzw. von Kapitalkosten, durch Investitionszuschüsse etc.), und zwar in einer Grössenordnung, die es erlaubt, Ansiedlungs-Investitionen mit einem hinreichend attraktiven Fördersatz zu subventionieren.

Zentrale Industrie- und Gewerbezone mitsamt "Gewerbehof"

Erwerb und Erschliessung eines als Industrie- und Gewerbezone geeigneten Geländes in zentraler Lage (z.B. zwischen Bregenz und Dornbirn) und möglichst mit Gleisanschluss, für das gezielt regionale Standortwerbung betrieben werden kann (Kosten-, Erschliessungs-, Fühlungsvorteile, kurzfristige Bebaubarkeit etc.). Entsprechend dem in der Bundesrepublik praktizierten Konzept der "Gewerbehöfe" könnte das entsprechende Standortangebot - in Ergänzung der gesamtregionalen finanziellen Anreize und der bereits genannten standortspezifischen Vorteile - auch die wichtigsten Gemeinschaftseinrichtungen speziell für ansiedlungswillige Klein- und Mittelbetriebe (Sekretariat, EDV, Feuerwehr, Kantine etc.) mit einer attraktiven Kostenbeteiligung ihrer Benutzer beinhalten.

Abbau der regionalen Qualifikationsengpässe

Auf die - im Interesse regionaler Wirtschaftsentwicklung im allgemeinen und regionaler Betriebsansiedlungen im speziellen - dringend notwendigen Massnahmen zum Abbau der bestehenden regionalen Qualifikationsengpässe wird später gesondert eingegangen.

5.32 Investitionsförderung

Das Instrumentarium der Investitionsförderung einzelner Betriebe besteht im wesentlichen aus staatlichen Zuschüssen und Darlehen. Dieses Förderungsinstrumentarium gleicht sich in allen Bundesländern weitgehend. Von dominierender Art ist dabei die Förderungsart der Zinszuschüsse, die in der Regel als Investitionshilfe bzw. -anreize gedacht ist.

Heutige Massnahmen der Investitionsförderung

Im Rahmen der gemeinsam vom Bund und den (jeweiligen) Ländern getragenen Kreditaktion für Klein- und Mittelbetriebe werden rückzahlbare Darlehen an die gewerbliche Wirtschaft für Investitionen und Betriebsmittel zur Verfügung gestellt. Daneben bestehen länderspezifische Förderprogramme für Klein- und Mittelbetriebe mit einem zum Teil bedeutenden Fördervolumen. Diese werden in jüngerer Zeit durch die Förderung grösserer betrieblicher Investitionsvorhaben von Seiten der Länder ergänzt. Dazu gehört die auch in Vorarlberg betriebene Förderungsaktion für Grosskredite.

Stärkere Problemorientierung der Investitionsförderung

Durch engere Vergaberichtlinien sollte erreicht werden, dass Mitnahmeeffekte weitestmöglich ausgeschlossen bleiben und vorrangig (nur) arbeitsplatzschaffende (Erweiterungs-)Investitionen gefördert werden. Ferner sollte mit einer stärker selektiven Investitionsförderung eine grössere Problem- bzw. Bedarfsorientierung dieser Förderung angestrebt werden. Dies kann beispielsweise eine gewisse Konzentration der Förderung auf Kleinunternehmen mit (zu) schmaler Kapitalbasis und/oder auf Unternehmen in Anpassungs- und Umstrukturierungs- bzw. Diversifikationsprozessen bedeuten. In diesem Sinne ist - bei den gemeinsam von Bund und Land getragenen Aktionen - eine intensivere Zusammenarbeit in der "Förderungsabwicklung" zwischen Bundes- und Landesstellen anzustreben.

5.33 Innovationsförderung

Die Vorarlberger Wirtschaft bedarf - angesichts ihrer derzeitigen Branchen- und Produktstruktur - in besonderem Ausmass der Produktinnovation bzw. Diversifikation. Entsprechende Bemühungen setzen auf Unternehmens-ebene jedoch hinreichende Informationen, Finanzierungsmittel, For-

schungs- und Entwicklungspotentiale, verlässliche Absatzaussichten und ein zeitgerecht realisierendes Management voraus. Diesbezügliche Engpässe sind in Vorarlberg besonders verbreitet. Einige dieser Engpässe lassen sich jedoch - zumindest dem Anspruch nach - mittels einer gezielten staatlichen Innovationsförderung abbauen oder aber zumindest leichter bewältigen.

Finanzielle Innovationsförderung im allgemeinen

Staatliche Innovationsförderung kann einmal in Form der vorstehend dargelegten (innovationsorientierten) Investitionsförderung erfolgen (also über Zinsverbilligungen, Bürgschaften und Darlehen, sowie allenfalls auch steuerliche Erleichterungen). Sie kann - unabhängig davon oder zusätzlich - aber auch die Form einer staatlichen Bezuschussung der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen von Unternehmen haben. In diese Richtung weist die Forschungsförderung des Bundes, wobei die Zuschüsse des bundesweit tätigen Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft von einigen Bundesländern - darunter auch Vorarlberg mit eigenen Mitteln aufgestockt werden (zinsloses Darlehen in der Höhe von max. 30 % der entsprechenden betrieblichen Aufwendungen).

Förderung des Risikokapital-Zugangs im speziellen

Finanzielle Innovationsförderung durch den Staat kann darüberhinaus aber auch die Form des erleichterten Zugangs zu sogen. Wagnis- oder Risikokapital haben. Diesbezüglich müssen die Voraussetzungen und grundlegenden Schritte zwar vom Bund kommen (der seit neuestem tatsächlich kleine und mittlere Unternehmen, die in interessanten, zukunftssträchtigen Bereichen tätig sind, über Beteiligungs- und Wachstumsfonds Risikokapital zur Verfügung stellt). Das Land ist aber zur Mithilfe bei der Schaffung eines funktionsfähigen Systems der Wagnisfinanzierung, welches dezentral zum Einsatz kommen soll, aufgerufen.

Förderung der Innovationsberatung

Insbesondere Klein- und Mittelbetriebe ohne eigene FuE-Abteilungen sind heute, angesichts der Beschleunigung des technologischen Wandels, zunehmend überfordert, wenn es gilt, auf sich allein gestellt die richtigen Reaktionsmöglichkeiten zu finden. Ueber die finanzielle Unterstützung hinaus sind diese Betriebe daher zunehmend auf eine inhaltliche Innovationsberatung angewiesen. In diese Richtung weist der Einsatz von Regional- bzw. Projektberatern. Deren Aufgabe besteht insbesondere in der optimalen Unterstützung der Unternehmen in der ersten innovatorischen Phase der Umsetzung einer Projektidee in ein marktfähiges Produkt und ein anschliessendes Produktionsprogramm. Eine Förderungsmöglichkeit wird diesbezüglich von Seiten des Bundeskanzleramtes angeboten, während in den Ländern Niederösterreich und Oberösterreich auch eigene Regionalberater des Landes im Einsatz stehen. Angesichts seiner regionsspezifischen Schwächen im Innovationsbereich sollte das Land Vorarlberg ebenfalls verstärkt auch und gerade die innovatorische Beratungstätigkeit (mittels Beratungskostenzuschüssen) fördern sowie den (interregionalen) Technologietransfer und dessen Finanzierung unterstützen.

Vermittlung und Förderung qualifizierter Führungskräfte

So notwendig die finanzielle und inhaltlich-beratende Förderung von Innovationsprojekten auch ist, so vermag sie allein aber die typischen Managementprobleme alteingesessener Kleinunternehmen (in Vorarlberg häufig noch reine Familienunternehmen) nicht zu lösen. Durch die Vermittlung und Förderung qualifizierter Führungskräfte in Anlehnung an das französische Modell einer zeitlich beschränkten Lohnsubventionierung lässt sich diesen Problemen aber möglicherweise teilweise begegnen.

Förderung von Kooperationsabkommen

Noch nicht lösen lässt sich mit den zuvor genannten Instrumenten und Massnahmen der Innovationsförderung jedoch das in der Betriebsbefragung identifizierte Problem unzureichender Produktions- und Marketingkapazitäten von (insbesondere exportorientierten) Klein- und Mittelunternehmen in Vorarlberg. Ein wichtiger Ansatzpunkt für die Lösung dieses grössenabhängigen Problems liegt aber in der Möglichkeit entsprechender Kooperationsabkommen von Klein- und Mittelunternehmen, die sich staatlicherseits gezielt unterstützen lassen (durch Partnervermittlung, im Rahmen der Vorgabe öffentlicher Aufträge usw.)

Vorarlberger Informationszentrum für Innovation und Technik (VIIT)

Am Kooperationsbedarf von kleineren Unternehmen sowie an den in einer verstärkten Kooperation zwischen Vorarlberger Unternehmen steckenden - und derzeit weitgehend noch unausgeschöpften - regionalen Entwicklungspotentialen setzt auch die Idee der Einrichtung des VIIT an. Das VIIT soll zentrale Anlaufstelle kleiner Unternehmen zum zentralen Technologie-Informationsaustausch sein und stellt dabei - wiederum an unsere ordnungspolitischen Prämissen der 'Hilfe zur Selbsthilfe' anknüpfend - entscheidend auf das Solidaritätsgefühl der einheimischen Unternehmer ab. Weil das Zentrum ein unmittelbar bedarfsorientiertes Instrument der Wirtschaft für die Wirtschaft ist, kann die Mitwirkung des Landes auf ein Minimum beschränkt bleiben. Die laufenden Kosten sollten aus den Mitgliederbeiträgen des Trägervereins VIIT e.V. finanziert werden (können).

5.34 Informations- und Beratungsförderung

Angesichts der aktuellen Beschleunigung des technologischen Wandels sowie der laufenden Marktveränderungen werden die "richtigen" Informationen für Unternehmen - trotz oder gerade wegen der wachsenden Informationsflut im Zuge des Einsatzes neuer Informationstechnologien - zunehmend zur knappen Ressource. Staatliche Förderung des einschlägigen Informationszugangs gewinnt daher heute im Rahmen regionaler Bestandspflege laufend an Bedeutung. Dies gilt dabei nicht nur speziell für innovationsbezogene Informationen, sondern für (betriebs-)wirtschaftlich relevante Informationen schlechthin. Dabei stellt die Information und Beratung der einzelnen Betriebe traditionell zwar bereits einen Arbeitsschwerpunkt der Wirtschaftsförderungsinstitute der Handelskammern auf regionaler Ebene dar. Die bisher in Vorarlberg gemachten Erfahrungen scheinen jedoch auf gewisse angebots- und nachfrageseitige Mängel hinzuweisen.

Heutige Massnahmen der Beratungsförderung

Das im Bereich Forschung und Entwicklung des WIFI in Vorarlberg derzeit durchgeführte "Wachstums- und Erfolgsprogramm für mittelständische Unternehmungen (WEP)", das von der Landesregierung finanziell unterstützt wird, zielt auf die Verbesserung der Qualifikation der Führungspersonen in Kleinunternehmen. Mittels einer Kombination von Bildungsarbeit (18monatiger Unternehmer-Lehrgang) und Betriebsberatung sollen die Innovations- und Entwicklungspotentiale dieser Betriebe aktiviert werden. Dieses Programm ist als solches sicher notwendig und sinnvoll. Allein kann es den zuvor angesprochenen (angebots- und nachfrageseitigen) Schwachstellen der Betriebsberatung in Vorarlberg jedoch nur begrenzt Rechnung tragen - was nicht zuletzt auch in der relativ geringen Resonanz zum Ausdruck kommt, die das WEP bisher bei den angesprochenen Vorarlberger Unternehmen gefunden hat.

Bündelungs- und Leitstellenfunktion des WIFI

Die bisherige Wahrnehmung der Beratungsfunktion des WIFI lässt sich durch eine laufende und intensivere Information der Betriebe über das regionale Angebot an Beratungsleistungen und durch die gleichzeitige Wahrnehmung einer eigentlichen Bündelungs- und Leitstellenfunktion der Betriebsberatung in Vorarlberg zweifellos noch verbessern. Mit letzterem sollte der heutigen Isoliertheit der (fallweise nachgefragten) Spezialberatungen begegnet und ermöglicht werden, dass jeder Ratsuchende sofort an die richtige Stelle gerät.

Aufbau "kleiner Netze" der Betriebsbefragung

Ziel muss es dabei aber letztlich sein, durch die gegenseitige Information der Berater untereinander und ihre vertrauensvolle Kooperation die Zugangsprobleme der Unternehmen abzubauen zu helfen und dem Ratsuchenden ein Beratungskonzept "aus einer Hand" zu vermitteln. Bei der Vielzahl kleiner und mittlerer Betriebe in Vorarlberg empfiehlt sich dazu eine dezentrale Organisation und die Entwicklung mehrerer kleiner Netze der betrieblichen Berater, die jeweils durch das WIFI als "Leitstelle" koordiniert werden. Lücken und Mängel im örtlichen bzw. regionalen Beratungsangebot können dann durch die "Leitstelle" am sichersten ausgemacht werden.

5.35 Absatzförderung

Die bisher behandelte Förderung des betrieblichen Basisbereichs ist zwar sehr wichtig. Allein greift sie für eine erfolgreiche Entwicklung der regionalen Wirtschaft jedoch zu kurz. Besonders die exportorientierten Klein- und Mittelbetriebe in Vorarlberg bedürfen heute nämlich auch und gerade der aktiven Unterstützung bei der Bewältigung der Probleme des Marktzugangs bzw. der Marktkenntnis.

Förderung einer Informations- und Dokumentationsstelle (IuD)

Eine Form staatlicher Förderung des unternehmerischen Prozesses der (laufenden) Markterkundung kann in der Basisfinanzierung einer Informations- und Dokumentationsstelle (IuD) bestehen. Diese Stelle würde sinnvollerweise an das WIFI angehängt. Sie hätte einmal die Aufgabe der zentralen Dokumentation von solchen Markt- und Branchendaten, die für die Vorarlberger Wirtschaft (angesichts ihrer Branchen- bzw. Produktstruktur und ihrer wichtigsten (Auslands-)Märkte) spezifisch relevant sind. Sie hätte ferner die Aufgabe, Recherchierhilfe (beispielsweise beim on-line-Zugriff auf internationale Datenbanken) zu leisten und Expertenwissen (wer weiss wo was?) zu vermitteln. Eine andere Form staatlicher Hilfestellung in diesem Zusammenhang ist die Bezuschussung von Markt- bzw. Konkurrenzanalysen (die derzeit von Vorarlberger Betrieben eher selten durchgeführt werden).

Exportförderung

Von grösster Bedeutung ist dabei zweifellos die staatliche Unterstützung von (Markt-, Rechts-, Finanzierungs-, Kooperations-)Beratung bei Auslandsgeschäften, von Exportmarketing und Exportmarktforschung. Auch wenn einzelne dieser Leistungen derzeit bereits durch die Abteilung für Zoll- und Handelspolitik der Handelskammer Vorarlberg angeboten werden, so liegt die Unterstützung einer umfassenderen Exportberatung doch insbesondere im Interesse der meisten Klein- und Mittelbetriebe, da diese gemäss Betriebsbefragung nur in den seltensten Fällen über eine eigene Exportabteilung verfügen. Modellfall dafür kann beispielsweise die Tätigkeit der seit 1981 im Bundesland Kärnten bestehenden Exportförderungsgesellschaft sein, die zusammen von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Kärnten, dem Land Kärnten sowie einer Reihe von Regionalbanken getragen wird. Das Land Vorarlberg könnte sich im übrigen, in Zusammenarbeit mit dem WIFI, aber etwa auch an Messen im Ausland mit einer Gemeinschaftsdarstellung der gewerblichen und industriellen Produkte Vorarlbergs beteiligen.

5.36 Existenzgründungsförderung

Existenzgründer bilden eine besondere, quer zu der üblichen Branchengliederung liegende Gruppe von Wirtschaftssubjekten. Sie haben unter allen Unternehmen die meisten Probleme und verfügen in der Regel über ein besonders geringes Handlungspotential. Dass Existenzgründer in Vorarlberg als eine spezifische Problemgruppe heute durchaus bekannt sind, manifestiert sich in der hier bereits betriebenen Jungunternehmerförderung. So sinnvoll die einschlägigen Förderprogramme als solche auch sind, so fehlt ihnen jedoch die Orientierung an einem umfassend und längerfristig angelegten Beratungskonzept.

Heutige Massnahmen der Jungunternehmerförderung

Von Seiten des Landes und der Handelskammer werden derzeit zum einen Zinszuschüsse für Jungunternehmerdarlehen als Starthilfe gewährt, und zum anderen Zuschüsse für die Teilnahme an einem Jungunternehmerseminar als Ausbildungshilfe.

Aufstockung der Bürges-Betriebsneugründungsaktionen

Darüberhinaus könnte sich das Land Vorarlberg in diesem Zusammenhang aber noch dadurch engagieren, dass es die Betriebsneugründungsaktionen des bundesweit tätigen Bürgschaftsfonds Ges.m.b.H. (Bürges) finanziell aufstockt, wie dies derzeit die Länder Kärnten und Wien tun.

Umfassendere Jungunternehmerförderung im Rahmen "kleiner Netze"

Die Beschränkung der Jungunternehmerförderung auf die Starthilfe und eine blosse "Einstiegs-Beratung" greift aber in der Regel zu kurz. Denn junge Unternehmen sind erfahrungsgemäss gerade in den ersten Jahren ihres Bestandes ganz besonders gefährdet - und dies häufig nicht einmal so sehr durch Kapitalmangel oder gar durch ein "falsches"

Produkt (dies selbstverständlich auch), als vielmehr durch mangelndes betriebsorganisatorisches und vor allem auch kaufmännisches Know-how der Jungunternehmer. Wichtig ist daher eine kontinuierliche Begleitung von Existenzgründern über einen längeren Zeitraum der Startphase. Auch und gerade für Jungunternehmer - als einer spezifischen Zielgruppe der Unternehmensberatung - dürfte sich vor diesem Hintergrund das vorstehend angesprochene Beratungsmodell der "kleinen Netze" als hilfreich erweisen. Denn eine gewisse kontinuierliche Betreuung "aus einer Hand" stellt für Betriebsgründer erfahrungsgemäss eine wichtige Startvoraussetzung dar. Dem muss durch eine entsprechende Kooperation und Koordination aller an Existenzgründungen direkt oder indirekt Beteiligten (Jungunternehmer, Betriebsberater, Rechts- und Steuerberater, Banken, Handelskammer, Land und (Standort-)Gemeinden) Rechnung getragen werden.

Kontinuierliche Marktlückenanalyse

Ein in der angesprochenen Form zwischen allen Beteiligten abgestimmtes Konzept der Existenzgründerförderung sollte auch eine laufende regionale Marktlückenanalyse einschliessen. Diese könnte beispielsweise am WIFI "institutionalisiert" werden. Dabei wäre kontinuierlich abzuklären, ob Betriebe der Region eine Verringerung ihrer Fertigungstiefe planen und demgemäss bestimmte Vorprodukte demnächst auf dem (regionalen) Beschaffungsmarkt nachfragen, wieweit für entsprechende Vorprodukte ausserregional ein Nachfragepotential besteht und ob demgemäss eine von Jungunternehmern nutzbare Marktlücke entsteht bzw. besteht. Die Bereitstellung entsprechender "Einstiegsinformationen" könnte damit integraler Bestandteil des Beratungsprogrammes für Jungunternehmer sein. Sie könnte aber auch dazu dienen, einschlägig qualifizierte potentielle Existenzgründer von den Vorteilen einer (arbeitsplatzschaffenden) Unternehmensgründung zu überzeugen.

Einrichtung eines 'Gründerzentrums Vorarlberg (GV)'

Ziele der innerregionalen Bündelung von Existenzgründern in einem Vorarlberger Gründerzentrum sind etwa: Verringerung der Anlaufkosten; Synergieeffekte (z.B. dank zwischenbetrieblich genutzter (Gemeinschafts-)Einrichtungen wie Sekretariat, EDV usw.; dank direkten zwischenbetrieblichen Kooperationsmöglichkeiten im Fertigungsbereich usw.); umfassende und kontinuierliche Beratung "aus einer Hand" (im technischen, speziell aber im organisatorischen bzw. kaufmännischen Bereich); gute Erreichbarkeit. Zentrale Bestandteile des GV sind: ein grundsätzlich geeignetes, gut erschlossenes und bereits überbautes Betriebsgelände (einer stillgelegten Fabrik etwa) mit angrenzenden, noch unüberbauten Reserveflächen in möglichst zentraler Lage (z.B. in Dornbirn): flexibel nutzbare Gebäude; vorhandene Begleiteinrichtungen (Sekretariat, sanitäre Einrichtungen, Sozialräume, EDV usw.); ein effizientes Zentrenmanagement (mit Aufgaben der Organisation, Betreuung und Koordination sowie der Fördermittel-, der (sonstigen) Kapital-, der Personal- und der Beratervermittlung). Im Konzept des GV verbinden sich bereits traditionelle Massnahmen der Ansiedlungsförderung und der Bestandspflege mit neuen Vorstellungen der Existenzgründungsförderung.

5.37 Infrastrukturförderung

Zwar ist die allgemeine Infrastrukturausstattung einer Region für die jeweilige regionale Wirtschaftsentwicklung nach wie vor von grosser Bedeutung. Und diese Aussage gilt durchaus nicht nur für die wirtschaftsnahe Infrastruktur, sondern noch zunehmend auch für die haushaltsorientierte Infrastruktur. Doch weder in der Betriebsbefragung noch in den Expertengesprächen haben sich für Vorarlberg spezifische gravierende Infrastrukturengpässe identifizieren lassen, die als solche wachstumshemmend wirken (können). Eingeschränkt wird diese Aussage insoweit, als im weiteren Bereich der höherwertigen Dienstleistungen in

Vorarlberg die Unternehmensberatung einerseits und die berufliche Qualifizierung andererseits gewisse Mängel aufweisen. Die Schwachstellen im Beratungsbereich und die Möglichkeiten ihrer Veränderung habe ich jedoch bereits angesprochen. Und die Schwachstellen im Qualifizierungsbereich werde ich abschliessend noch gesondert behandeln.

Von daher erübrigt sich eine Empfehlung spezifisch infrastrukturorientierter Massnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung für Vorarlberg.

5.38 Handlungsempfehlungen für die berufliche Qualifizierung

In Vorarlberg kommt den Qualifikationsengpässen des regionalen Arbeitsmarktes eine vergleichsweise hohe Bedeutung als Innovations- bzw. Wachstumshemmnis zu. Dabei handelt es sich einerseits vor allem um kleine und mittlere Betriebe und andererseits vor allem um Betriebe in Anpassungs- bzw. Umstrukturierungsprozessen, die an Qualifikationsengpässen leiden und ihre Wachstumschancen wegen dieses Engpasses häufig zu wenig nutzen können. Andererseits haben gerade diese Betriebe erfahrungsgemäss besondere Probleme mit selbstorganisierten kontinuierlichen und systematischen Weiterbildungsmassnahmen. Eine gezielte Förderung beruflicher Weiterbildung für diesen Bedarf könnte daher wahrscheinlich positive Beschäftigungswirkungen erzielen, auch wenn der quantitative Effekt einer gezielten Qualifikationsförderung zumindest kurzfristig nicht überschätzt werden darf.

Heutige Massnahmen der Qualifikationsförderung

Ein Schwerpunkt der österreichischen Arbeitsmarktpolitik liegt bereits traditionell auf der Qualifikationsförderung von Arbeitnehmern (Mobilitätsförderung). Während sich diese Förderung in den frühen 70er Jahren vornehmlich an einer zukunftsorientierten Höherqualifizierung orien-

tierte, steht dabei heute jedoch die aktuelle Verhinderung von Arbeitslosigkeit im Vordergrund (Halten der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer in ihrer aktuellen Beschäftigungssituation mittels Weiterbildung). Im Bundesland Vorarlberg enthält die hier betriebene Vorarberger Arbeitnehmerförderung neben anderem die Möglichkeit einer Bezuschussung der beruflichen Weiterbildung solcher Arbeitnehmer, die zu diesem Zweck ihren Arbeitsplatz aufgeben bzw. ihre berufliche Tätigkeit einschränken.

Innerbetriebliche Weiterbildung für Führungskräfte

Innerbetriebliche kann zwar die ausserbetriebliche Weiterbildung nicht gänzlich ersetzen. Sie hat jedoch eine Reihe von Vorteilen, die sich durch ein entsprechend konzipiertes Seminarprogramm nutzbar machen lassen: Das Förderungsprogramm "Strategische Unternehmensführung" (FSU) zielt, ähnlich dem WEP des WIFI Dornbirn, auf mittelständische Unternehmen, ergänzt dieses aber insofern, als damit ein intensives innerbetriebliches Management-Training der Unternehmensleitung einschliesslich aller Führungskräfte erreicht werden soll. Dazu führen externe Berater (Trainer) mit staatlicher Unterstützung auf das einzelne Unternehmen bezogene Seminare in zielorientierter Unternehmensführung durch.

Innerbetriebliche Weiterbildung für Fachkräfte

Diese hat - durch Ausnutzung des "Lernortes Betrieb" - zwar ebenfalls eine Reihe von Vorteilen. Andererseits stellt die Qualität selbstorganisierter Weiterbildungsmassnahmen für qualifizierte Fachkräfte besonders in Klein- und Mittelbetrieben häufig ein Problem dar, zumal dann, wenn es an Weiterbildungserfahrung und/oder -infrastruktur mangelt. In diesen Fällen bedarf es zumeist einer beratenden Hilfestellung bis hin zur Einrichtung eines eigentlichen Weiterbildungstrainers, der den Betrieben für die Dauer einer Massnahme kostenlos oder zumindest kostengünstig zur Verfügung steht. Beides setzt wahrscheinlich aber eine staatliche Basisfinanzierung voraus.

Innerbetriebliche Weiterbildung für Un- und Angelernte

Un- und Angelernte wurden bisher - trotz ihres herausragenden Qualifikationsbedarfes - von betrieblichen Weiterbildungsmassnahmen bzw. von staatlicher Qualifikationsförderung zumeist vernachlässigt. Um zu verhindern, dass diese Arbeitskräfte im Rahmen betrieblicher Anpassungsprozesse einfach freigesetzt und durch qualifizierte Neueinstellungen ersetzt werden, bedarf es wahrscheinlich spezifischer finanzieller Anreize für einschlägige betriebliche Qualifizierungsmassnahmen.

Konzentration der Förderung betrieblicher Qualifizierung

Zwecks Einschränkung von Mitnahmeeffekten und im Sinne der Problemorientierung wird aber dafür plädiert, betriebsbezogene Qualifikationsförderung selektiv auf Klein- und Mittelunternehmen sowie auf Unternehmen in Anpassungs- und Umstrukturierungsprozessen zu konzentrieren.

Ausserbetriebliche Weiterbildung für Fachkräfte

Soweit bei der Weiterbildung (auch) überbetrieblich anerkannte Abschlüsse angestrebt werden, bedürfen innerbetriebliche Qualifizierungsmassnahmen in der Regel der Ergänzung durch ausser- bzw. überbetriebliche Weiterbildungseinrichtungen. Diese Einrichtungen sollten weitestmöglich - im Sinne praktischer Selbsthilfe - von der Wirtschaft selber finanziert werden. Dazu bietet sich das Instrument des tarifvertraglich geregelten Branchenfonds an. Ein breiter angelegtes (branchenunspezifisches) Kursangebot entsprechender Weiterbildungseinrichtungen wird jedoch in der Regel nicht ohne staatliche Basisfinanzierung (im Sinne einer institutionellen Förderung) auskommen können.

Ausserbetriebliche Weiterbildung für Un- und Angelernte

In Ergänzung der finanziellen Anreize für die innerbetriebliche Qualifizierung dieser Zielgruppe bedarf es, angesichts unzureichender (didaktischer und/oder infrastruktureller) Ausbildungskapazitäten in vielen kleineren Betrieben, vermutlich zunehmend sogen. Auftragsmassnahmen, die mit staatlicher Förderung in geeigneten Betrieben adressatengerecht durchgeführt werden.

Ausserbetriebliche Weiterbildung längerfristig Arbeitsloser

Sobald (auch) in Vorarlberg Probleme mit der Wiedereingliederung von längerfristig Arbeitslosen auftreten, empfiehlt sich die Einrichtung von Uebungswerkstätten mit ihrem auf diese Problemgruppe spezialisierten (d.h. vor allem auch sozialpädagogisch geschulten) Ausbildungspersonal.

6. ZUSAMMENFASSUNG UND FAZIT

(1) Gemäss dem Titel der vorgestellten Studie über die Vorarlberger Wirtschaft bezogen sich die wichtigsten inhaltlichen Aussagen dieser Studie auf die regional identifizierten Anpassungshemmnisse der Vorarlberger Wirtschaft einerseits und auf die an deren Abbau orientierten Handlungsempfehlungen andererseits.

- Ausgangspunkt war die - aus der Statistik ersichtliche - Feststellung, dass die weltweite Rezession mit ihren strukturellen Implikationen - den veränderten ökonomisch-technischen Rahmenbedingungen - spätestens seit 1981 auch im "Industrieland" Vorarlberg ihren Niederschlag gefunden hat.

(2) Die notwendige unternehmerische Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen bedeutet für die in Vorarlberg produzierenden Unternehmen in erster Linie: laufender Uebergang zu technologieintensiven Pro-

dukten (Produktinnovation); laufender Einsatz neuer produktivitäts- und qualitätssteigernder Fertigungstechnologien (Verfahrensinnovation); laufende Sicherung bestehender und laufende Erschliessung neuer Märkte. Was hat sich diesbezüglich im Hinblick auf die Anpassungsfähigkeit der Vorarlberger Wirtschaft aus der Studie ergeben?

- In der Betriebsbefragung liessen sich ausgeprägte Innovationsprobleme identifizieren, die aber weitgehend nur die Produktinnovation betreffen. So besteht innerhalb der regionalen Produktpalette ein ausgesprochener Mangel an "jungen" bzw. technologieintensiven Produkten. Neue Produkte werden nur wenige innerhalb Vorarlbergs entwickelt. In den letzten Jahren wurde auch nur begrenzt zur Fertigung neuer Produkte übergegangen und noch seltener erfolgreich diversifiziert - dies, obwohl die regionale Wirtschaft mit ihrer heutigen Produktpalette Stärken (nur) auf schrumpfenden bzw. stagnierenden Märkten zeigt und sich selbst in Bereichen mit hohem Preisdruck als nur noch beschränkt wettbewerbsfähig bezeichnet. Andererseits werden für die absehbare Zukunft aber auch nur sehr beschränkte Möglichkeiten für grundlegende Produktinnovationen (die über "blosse" Verbesserungen bzw. Modifikationen hinausgehen) gesehen.

(3) Diese Innovationsprobleme sind zum einen Teil in (objektiven) sachlichen Engpässen, zum anderen Teil aber auch in (subjektiven) verhaltensabhängige Engpässen begründet.

- Als sachliche Engpässe und regional ungünstige Rahmenbedingungen der Vorarlberger Wirtschaft liessen sich beispielsweise ermitteln: Qualifikations-, Informations- und Markterschliessungsempässe, oder etwa auch grössenabhängige Finanzierungsempässe.

- Als verhaltensabhängige Engpässe der Vorarlberger Wirtschaft liessen sich insbesondere ermitteln: ein Mangel an unternehmensstrategischem, zielorientiertem Denken, ein vorherrschend reaktives bzw. defensives Verhalten ("kurzer Atem") und - damit zusammenhängend - eine mangelnde Risikobereitschaft.

Was sollte - in Anbetracht derartiger Befunde - auf regionale Ebene wirtschaftspolitisch getan werden, um auf (möglichst) günstige Entwicklungsperspektiven für die Vorarlberger Wirtschaft hinwirken zu können?

(4) Im folgenden sind die entsprechenden, in der Studie detailliert erarbeiteten und zuvor skizzierten Handlungsempfehlungen über die regionale Wirtschaftsförderung mit Nennung der jeweiligen Priorität in einer Uebersicht zusammengestellt.

Übersicht über die Handlungsempfehlungen der Studie für die regionale Wirtschaftsförderung und ihre jeweilige Priorität

Handlungsfeld	empfohlene Instrumente und Massnahmen	Priorität		
		1.	2.	3.
Arbeitsmarktförderung	Heutige Massnahmen der Arbeitsförderung	-----		
	Frühwarnsystem des regionalen Arbeitsmarktes	x		
	Aussensanierung von Problembetrieben		x	
	Innensanierung von Problembetrieben		x	
	Förderung der Vermittelbarkeit von freigesetzten Arbeitskräften	x		
	Nachfragestärkende Massnahmen			x
Ansiedlungsförderung	Unterbringung spezifischer Problemgruppen des Arbeitsmarktes	x		
	Gründung einer Betriebsansiedlungsgesellschaft	x		
	Finanzielle Ansiedlungsförderung		x	
	Zentrale Industrie- und Gewerbezone samt "Gewerbehof"		x	
Investitionsförderung	Abbau der regionalen Qualifikationsengpässe	x		
	Heutige Massnahmen der Investitionsförderung	-----		
Innovationsförderung	Stärkere Problemorientierung der Investitionsförderung	x		
	Finanzielle Innovationsförderung		x	
	Förderung des Zugangs zu Risikokapital			x
	Förderung der Innovationsberatung	x		
	Vermittlung und Förderung qualifizierter Führungskräfte		x	
	Förderung von Kooperationsabkommen		x	
	Vorarlberger Informationszentrum für Innovation und Technik (VIIT)	x		
Informations- und Beratungsförderung	Heutige Massnahmen der Beratungsförderung	-----		
	Aufbau "kleiner Netze" der Betriebsberatung	x		
Absatzförderung	Förderung einer Informations- und Dokumentationsstelle (IuD)	x		
	Bezuschussung von Markt- und Konkurrenzanalysen		x	
	Exportförderung	x		
Existenzgründungsförderung	Heutige Massnahmen der Jungunternehmerförderung	-----		
	Aufstockung der Bürges-Betriebsneugründungsaktion		x	
	Umfassendere Jungunternehmerförderung im Rahmen "kleiner Netze"	x		
	Kontinuierliche Marktlückenanalyse		x	
Infrastrukturförderung	Einrichtung eines 'Gründerzentrum Vorarlberg' (GV)	x		
	(kein spezifischer Massnahmenbedarf)			

Fortsetzung

Handlungsfeld	empfohlene Instrumente und Massnahmen	Priorität		
		1.	2.	3.
Abbau verwaltungs-interner Barrieren aktiver Wirtschaftspolitik	Abbau organisationsstruktureller Barrieren	x		
	Abbau psychologischer Barrieren	x		
	Erhöhung des wirtschaftspolitischen Aktivitätsniveaus auf Landesebene	x		
Förderung innerbetrieblicher Weiterbildung	Förderung von Seminaren in strategischer Unternehmensführung	x		
	Förderung der betrieblichen Weiterbildungsberatung		x	
	Basisfinanzierung eines Weiterbildungstrainers	x		
	Finanzielle Anreize für die betriebliche Weiterbildung von Un- und Angelernten	x		
Förderung ausserbetrieblicher Weiterbildung	Konzentration der einschlägigen Fördermittel		x	
	Heutige Massnahmen der Qualifikationsförderung	-----		
	Weiterbildung von Fachkräften mittels Branchenfonds und/oder institutioneller Förderung des Staates	x		
	Weiterbildung von Un- und Angelernten mittels Auftragsmassnahmen		x	
	Weiterbildung von längerfristig Arbeitlosen in speziellen Uebungswerkstätten		x	

(5) Zielsetzung der Studie war es nicht, bereits ein unmittelbar implementierbares Handlungsprogramm für die regionale Wirtschaftsförderung zu entwickeln. Vielmehr galt es, einen problem- bzw. schwachstellenorientierten Katalog von Massnahmen zu erarbeiten. Vor der Implementierung einzelner Massnahmen bedarf es daher der Schwerpunktsetzung und gezielten Selektion solcher Massnahmen, die bezüglich der organisatorischen, finanziellen und personellen Bedingungen ihrer jeweiligen praktischen Umsetzung weiter konkretisiert werden müssen. Dieser Gewichts- und Auswahlprozess ist jedoch als ein 'politischer' Prozess zu verstehen, an dem die politisch und administrativ Verantwortlichen sowie die Sozialpartner direkt zu beteiligen sind, um dadurch die Um- bzw. Durchsetzungschancen der betreffenden Massnahmen zu erhöhen.